

# PREKÄR IM SEXGEWERBE

---

Lebenslagen, Hintergründe und  
unsere Arbeit mit Migrantinnen  
in der Prostitution

# WER WIR SIND

---

Frauen<sup>1</sup> aus aller Welt und ihre Familien finden bei FIM – Frauenrecht ist Menschenrecht – Rat und Unterstützung. Wir stärken ihnen in schwierigen Lebenssituationen den Rücken, leisten Hilfestellung bei der sozialen Teilhabe und der Wahrnehmung ihrer Rechte. Das Arbeitsfeld Prostitution hat schon immer einen besonderen Stellenwert für FIM: Seit unserer Gründung vor mehr als 40 Jahren unterstützen wir Frauen, die prekär im Sexgewerbe tätig sind. In unserer Beratung stehen die Selbstbestimmung und die Ressourcen der Frauen, aber auch die Ausweitung ihrer Handlungsspielräume im Mittelpunkt. Auf politischer und fachöffentlicher Ebene leisten wir umfassende Netzwerk- und Bildungsarbeit, um für die Belange der Frauen zu sensibilisieren und ihre Anliegen voranzubringen.

Zentrale Aufgabe von FIM ist zudem der Schutz der Opfer von Gewalt und Ausbeutung in der Prostitution. Seit 1999 sind wir hessische Koordinierungsstelle für Opfer von Menschenhandel. Dieses Arbeitsfeld wird in diesem Dossier nicht abgebildet. Vielmehr wollen wir mit dieser Publikation zum politischen und rechtlichen Diskurs über Prostitution beitragen und unsere Position sichtbar machen.

<sup>1</sup> Im Arbeitsfeld Prostitution beraten wir ausschließlich Menschen mit weiblicher Geschlechtsidentität, also trans und cis Frauen. Daher verzichten wir auf den Genderstern, wenn wir unsere Klientinnen bezeichnen, verwenden ihn aber, wenn allgemein im Sexgewerbe Tätige gemeint sind.

## INHALT

- 03 WER WIR SIND
- 04 UNSERE KLIENTINNEN
- 10 STRUKTURELLE RAHMENBEDINGUNGEN
- 14 ZWISCHEN VERBOT UND BERUFLICHER ANERKENNUNG – EINE STANDORTBESTIMMUNG
- 20 ADVOCACY, ÖFFENTLICHKEITSARBEIT UND VERNETZUNG
- 22 UNSERE ANGEBOTE FÜR FRAUEN IM SEXGEWERBE

### Impressum

#### Prekär im Sexgewerbe

#### Herausgegeben von

FIM – Frauenrecht ist Menschenrecht e. V.  
Varrentrappstraße 55  
60486 Frankfurt am Main  
[www.fim-frauenrecht.de](http://www.fim-frauenrecht.de)

#### Inhalt

Elvira Niesner (V.i.S.d.P.), Encarni Ramirez Vega,  
Adeline Dragoiu-Grecu, Ronja Justice,  
Lale Memiş, Shirin Moghaddari,  
Vanessa Schlüter-Haag

#### Redaktion

Shirin Moghaddari

#### Gestaltung und Illustrationen

Chiarina Fazio, Frankfurt a. M.  
[www.chiarinafazio.de](http://www.chiarinafazio.de)

#### Druck

C. Adelman GmbH  
[www.cadelmann.de](http://www.cadelmann.de)

Die Broschüre ist gedruckt auf EnviroTop  
aus 100% Altpapier, FCS-zertifiziert.

© FIM – Frauenrecht ist Menschenrecht e. V.  
November 2022

# UNSERE KLIENTINNEN

## Individuelle Biografien, vielfältige Lebenslagen

**Das Spektrum der Lebensumstände und Arbeitsverhältnisse im Sexgewerbe ist enorm groß. Unsere Zielgruppe macht darin nur einen ganz bestimmten Ausschnitt aus, und auch unter unseren Klientinnen<sup>1</sup> sind die Lebensmodelle, die Umstände, unter denen sie arbeiten, die Problemlagen und Ressourcen sehr divers. Ein Versuch, die Vielfalt abzubilden.**

Jährlich beraten wir rund 250 Frauen, die in der Prostitution tätig sind. Dabei führen wir über 2000 Beratungsgespräche – sowohl in unseren Beratungsräumen als auch aufsuchend in den Bordellen und auf dem Straßenstrich in Frankfurt und anderen hessischen Städten. Die allermeisten Klientinnen sind cis Frauen. Die trans Frauen machen bei uns etwa 2 % aus. Sie sind oft mit spezifischen Herausforderungen und besonderer Stigmatisierung konfrontiert, daher kooperieren wir bei Bedarf mit spezialisierten Einrichtungen oder trans Peer-Beratung. Die Altersspannweite der Zielgruppe ist groß: Rund 60 % der Ratsuchenden sind zwischen zwanzig und dreißig, etwa 25 % zwischen drei-

ßig und vierzig Jahre alt. Die Übervierzigjährigen machen rund 10 % aus. Unter diesen etwas älteren Frauen sind besonders Lateinamerikanerinnen repräsentiert. Ganz junge Frauen zwischen 18 und 20 stellen etwa 5 % der Klientinnen. Bei einzelnen von ihnen vermuten wir, dass sie tatsächlich jünger sind als von ihnen angegeben und der Jugendschutz gefährdet ist.

### Arbeitskontexte

Bordell, Club, Tageterminwohnungen, Straßenprostitution oder online Freierakquise: Unsere Zielgruppe arbeitet in ganz unterschiedlichen Kontexten, jedoch immer selbstständig. Angestellt ist keine von ihnen. Arbeitsrechtliche Regelungen kommen nicht zum Tragen

und es fehlt an Absicherungen, sodass sie alle Risiken selbst schultern müssen.

In den Bordellen mieten sie Zimmer an, für die sie beispielsweise in Frankfurt aktuell rund 150 € pro Tag zahlen. Die Preise für sexuelle Dienstleistungen schwanken in der Regel zwischen 20 und 60 €, entsprechend viele Kunden müssen täglich bedient werden. Manche Frauen nutzen ihr Zimmer jahrelang und haben es nach ihrem persönlichen Bedarf eingerichtet, andere bleiben kürzer und eignen sich den Raum nicht in der Form an. Auch wenn das durch das Prostituiertenschutzgesetz (ProstSchG) verboten ist, schlafen einige Frauen in dem Zimmer, das sie zum Arbeiten nut-

zen. In manchen Bordellen werden aber auch gesonderte Schlaftrakte gestellt. Der Umgang der Betreiber mit den Frauen ist verschieden und der Geschäftsbetrieb wird unterschiedlich gehandhabt. Für manche ist es eine Selbstverständlichkeit, dass unsere Streetworkerinnen die Frauen dort aufsuchen, und unser mehrsprachiges Infomaterial wird gern an der Pinnwand im Aufenthaltsraum aufgehängt. Andere verweigern uns den Zutritt oder geben den Mieterinnen Arbeitszeiten vor, obwohl sie eigentlich selbstständig tätig und nicht weisungsgebunden sind. Geraten die Frauen in Konflikt mit den Betreibern, können sie schnell ihr Zimmer verlieren und stehen dann plötzlich ohne Arbeits-, aber auch ohne Schlafplatz da. Entsprechend asymmetrisch sind die Kräfteverhältnisse.

Auch in den Clubs sind die Bedingungen sehr unterschiedlich. In manchen dürfen sich die Frauen nur unbekleidet bewegen, und immer gehört auch die Animation der Besucher dazu – zum Beispiel müssen sie zum Kauf von Getränken angeregt werden. Die Kunden zahlen meist Eintritt, Sexdienste kosten in der Regel extra. In Terminwohnungen dagegen arbeiten die Frauen meist allein oder zu zweit. Sie mie-

**„Ich wünsche mir einfach nur eine eigene Wohnung mit Dusche, Bett und Fenster und meine Ruhe. Und eine Arbeit, wo ich einfach früh hingehere und abends heimkomme und Tee trinken kann.“**

B., 38 Jahre, aus der türkischen Minderheit in Bulgarien, seit ca. zwei Jahren in der legalen Straßenprostitution tätig

ten die möblierten Wohnungen wochenweise für zum Beispiel 500 bis 600 € an, empfangen Kunden und übernachten in der Regel auch vor Ort. Eines der bekannten Probleme dieses Modells sind die manchmal sehr unhygienischen Verhältnisse in den Apartments.

Straßenprostitution ist in Frankfurt an der Theodor-Heuss-Allee erlaubt und stellt die prekärste Form der Prostitution dar. Die meisten Frauen arbeiten dort schon seit Jahren, Neue sind nicht gern gesehen und werden nur akzeptiert, wenn sie über Kontakte verfügen. Die besondere Vulnerabilität an der Straße stellt hohe Anforderungen an die Frauen: Um die harte Arbeit und regelmäßig auch Gewalt durch Freier sowie Pöbeleien und zum Beispiel Eierwürfe aus vorbeifahrenden Autos auszuhalten und seinen Platz gegen die Konkurrenz zu verteidigen, muss man besonders robust und durchsetzungsstark sein. Manche von ihnen werden von ihren Zuhältern permanent im Blick behalten – auch wenn sie mit unseren Streetworkerinnen sprechen.

Während des pandemiebedingten Lockdowns hatte sich im Frankfurter Bahnhofsviertel ein weiteres Modell etabliert: Da die Bordelle



<sup>1</sup> Im Sexgewerbe sind Menschen aller geschlechtlichen Identitäten tätig, vor allem aber Frauen. Unsere Zielgruppe sind weibliche Sexdienstleistende – das heißt trans und cis Frauen.

schließen mussten, verlagerten die Frauen die Freierakquise auf die Straße, obwohl das im Sperrbezirk verboten ist. Der Service fand dann im Hotel statt, wozu die Frauen Deals mit den Hoteliers aushandelten. Nach Aufhebung der Einschränkungen machten polizeiliche Repressionsmaßnahmen, die verhängten Bußgelder, aber auch der Druck durch die Betreiber diese Arbeitsweise wieder unattraktiver und drängten viele zurück ins Bordell.

Andere nutzen das Netz, inserieren auf Online-Plattformen und vereinbaren Treffen per Messenger-Dienst, zum Beispiel auf Parkplätzen oder im Wald, oder besuchen Kunden zuhause. So sind sie zwar freier in der Organisation der Arbeit, durch Dezentralisierung und Vereinzelung aber auch stärker gefährdet, Gewalt zu erfahren oder um die Bezahlung geprellt zu werden. Diese Frauen erreichen wir durch online aufsuchende Arbeit, indem wir die Inserate durchgehen und telefonisch Kontakt aufnehmen.

### Herkunft und Mobilität

Unsere Klientinnen kommen aus über 20 Ländern. Mit rund 84 % sind Frauen aus Mittel- und Osteuropa – vor allem Rumäninnen und Bulgarinnen – sehr stark repräsentiert. 5 % der Klientinnen sind aus Deutschland, 5 % kommen ursprünglich aus Lateinamerika, einige weitere aus Ostasien, weitere EU-Staaten und dem Maghreb. Rund 88 % unserer Klientinnen sind EU-Staatsangehörige und profitieren von der Freizügigkeit, doch ist ihr Aufenthalt prekär und zum Beispiel der Bezug von Sozialleistungen – etwa bei Verdienstaustausch im Lockdown – an enge Voraussetzungen geknüpft. Während manche Klientinnen zwischen dem Herkunftsland und Deutschland pendeln, haben einige andere ihren Lebensmittelpunkt langfristig nach Deutschland verlagert. Einzelne haben auch Familienangehörige nachgeholt oder arbeiten darauf hin. Das gilt besonders für diejenigen, die als Angehörige einer Minderheit im Herkunftsland diskriminiert und von Teilhabe und

beruflichen Chancen ausgeschlossen werden.

Auch bezüglich der Mobilität in Deutschland sind die Frauen sehr unterschiedlich: Manche derjenigen, die online Freier akquirieren, wechseln regelmäßig die Stadt und mieten sich dort vorübergehend in Terminwohnungen ein, bis sie wieder weiterziehen. Viele andere haben einen sehr geringen Bewegungsradius. Das trifft vor allem auf unsere Klientinnen im Frankfurter Bahnhofsviertel zu. Oft spielt sich hier der gesamte Alltag auf vier, fünf Straßen ab. Jenseits dieses Umfelds fühlen sich viele dann sehr unsicher und trauen sich kaum heraus. Ob große oder geringe Mobilität: Die meisten unserer Klientinnen organisieren fast ihr gesamtes Leben über Netzwerke innerhalb der Prostitutionsszene und bewegen sich nur in diesem Raum. Andere Räume und Kontexte sind auch vielen Klientinnen, die schon lange in Deutschland leben, recht fremd geblieben, deshalb ist es für viele zum Beispiel ein riesiger

**„Meine Mutter ist schwer krank und ich arbeite hier im Puff, um ihre Therapie zu bezahlen. Ich bin eigentlich Intensivkrankenschwester.“**

Name unbekannt, ca. 50 Jahre, aus Deutschland, seit einem Jahr im Laufhaus tätig

Schritt, ihr Anliegen einer Behörde vorzubringen oder einen Arzttermin selbst zu vereinbaren.

### Bildungshintergründe, ökonomische Lage und Chancen

Oft sind die Vorstellungen von Frauen in der prekären Prostitution sehr defizitorientiert, vor allem in Bezug auf Bildung. Die tatsächliche Situation ist sehr viel diverser: Zwar hat ein größerer Teil unserer auch im Herkunftsland besonders marginalisierten Klientinnen kaum formale Bildung, einige haben nie Lesen und Schreiben gelernt. Andere dagegen sind Akademikerinnen oder im Herkunftsland zum Beispiel im Öffentlichen Dienst tätig gewesen. Wieder andere arbeiten vorübergehend in Deutschland, um mit dem Verdienst ihr Studium oder die Gründung eines eigenen Business<sup>6</sup> – etwa einen Kiosk oder eine kleine Pension – zu finanzieren. Diejenigen, die für ein konkretes Vorhaben sparen und ansonsten wenige Verpflichtungen haben, können ihre Arbeit oft freier gestalten, steigen nach Erreichen der nötigen Rücklagen aus und haben direkt eine gute Perspektive vor sich.

Schwieriger ist die Lage, wenn Familienangehörige oder andere Dritte mit von den Einnahmen leben: Viele der Frauen, die Angehörige versorgen, sind aus einer Notsituation und aus Mangel an ausreichenden Erwerbsalternativen in die Prostitution gegangen, um zum Beispiel Arzneimittelkosten für die kranken Eltern oder als alleinstehende Mütter die Lebenshaltungskosten für ihre Kinder zu bestreiten. Sie stehen unter großem Druck, regelmäßig Geld zu

schicken. Manche sparen sich die Überweisungen vom Munde ab. Daher müssen sie zur Not auch dubiose Freier oder schlechtere Arbeitsbedingungen annehmen und zum Beispiel ohne Kondom oder im Sperrbezirk arbeiten. Rücklagen für schlechtere Phasen können sie nicht bilden. Sie geraten in existenzielle Not und verschulden sich, wenn sie ein Bußgeld zahlen müssen oder nicht arbeiten können. Noch dazu haben sie kaum Alternativen oder Weiterentwicklungsperspektiven: Die meisten haben nur Chancen auf einen ungelerten Job im Niedriglohnssektor, doch dieses Einkommen würde nicht für die Versorgung der Verwandten reichen.

Einige Frauen teilen ihr Einkommen auch mit Männern (oder manchmal auch mit Frauen), die mehr oder weniger die Funktion eines Zuhälters übernehmen. Diese Beziehungen sind sehr unterschiedlich und oft sehr ambivalent: Mal ist es der Lebenspartner, der auch ein eigenes prekäres Einkommen hat, mal lebt dieser Mann von ihren Einkünften und setzt sie unter Druck, der Prostitution nachzugehen. Manchmal übernehmen auch männliche oder weibliche Verwandte, die schon im Milieu sind, diese Rolle. In den meisten Fällen wird der Druck eher emotional auf der Beziehungsebene ausgeübt, zu physischer Gewalt oder Freiheitsentzug kommt es oft dann, wenn die Frau sich widersetzt.

### Gesundheitliche Belastungen

Da sie es sich schlicht nicht leisten können, die Arbeit auszusetzen, ignorieren viele der Frauen gesundheitliche Beschwerden oder lassen

**„Ich durfte nur zwei Wochen die Schule besuchen, dann kursierte das Gerücht, dass ein Mann im Ort Kinder misshandelt. Viele haben ihre Töchter dann nicht mehr zur Schule geschickt. Genau diese Mädchen sind jetzt auf der Straße und müssen mit sich alles machen lassen.“**

Z., 38 Jahre alt, aus der türkischen Minderheit in Bulgarien, seit zehn Jahren phasenweise auf dem legalen Straßenstrich tätig

„Ich will einen Kredit, um mich selbstständig zu machen. Ich werde alt, wie kann ich weiter so leben? Jeden Tag ficken und du weißt nicht mit wem, und ob der gefährlich ist.“

J., 40 Jahre, aus Rumänien,  
seit ca. 15 Jahren im Laufhaus tätig

sich selbst nach Notfalloperationen nicht genug Zeit für Erholung. Die meisten sind nicht krankenversichert und wissen nicht, wie sie überhaupt Zugang zu bezahlbarer beziehungsweise kostenloser medizinischer Behandlung finden können – fast die Hälfte unserer Klientinnen braucht Unterstützung bei gesundheitlichen Fragen. Neben alltäglichen Beschwerden stehen manche Gesundheitsprobleme wie Unterleibsschmerzen oder Zysten im Zusammenhang mit dem Job, immer wieder finden auch Schwangerschaftsabbrüche statt, weil die Frauen ohne Kondom gearbeitet haben. Einige leiden auch unter psychosomatischen Beschwerden, die neben der belastenden Arbeit auch auf die prekäre Lebenssituation, Existenzängste und Stigmatisierung zurückzuführen sind. Auch teils traumatische Gewalterfahrun-

„Alles ist gut bei mir, Schatzi. Ich gehe dann zu meinem Mann und wir fahren bald in den Urlaub. Danke dir.“

Name und Alter unbekannt,  
aus Brasilien, seit ca. 15 Jahren  
im Laufhaus tätig, auf die Frage  
nach Unterstützungsbedarf

gen – im Kontext der Prostitution, aber auch in Partnerschaft und Familie – beeinträchtigen die Gesundheit mancher Frauen. Drogen- oder Alkoholabhängigkeit ist unter unseren Klientinnen kaum verbreitet. Einige konsumieren zwar, aber wir beobachten nur vereinzelt, dass sich eine Sucht entwickelt.

### Die Sicht auf den Job

Obwohl die Umstände vielen kaum andere Optionen lassen, sagen die meisten unserer Klientinnen von sich, dass sie ihre Arbeit freiwillig machen und keinem Zwang ausgesetzt sind. Einige arrangieren sich damit und sind zufrieden, ein Großteil sieht ihre Tätigkeit dennoch als „scheiß Job“ und wünscht sich eine „normale Arbeit“. Neben den psychischen und physischen Belastungen und der umfassenden Prekarität spielen hier sicher auch Beschämungs- und Diskriminierungserfahrungen und nicht zuletzt die verinnerlichte moralische Abwertung von Prostituierten eine Rolle, die vielen über ihr Umfeld und die Familie vermittelt wurde. Viele halten ihre Arbeit so gut wie möglich geheim, wollen zum Beispiel aufhören, bevor ihre Kinder alt genug sind, um zu durchschauen, wie ihre Mutter Geld verdient, und möchten unter keinen Umständen, dass ihre Töchter ebenfalls in der Prostitution arbeiten.

### Vernetzung und Interessenvertretung

Unsere Klientinnen verfügen über eine enorme Bandbreite an individuellen Ressourcen, die sie täglich nutzen, um trotz der meist schwierigen Ausgangsbedingungen und der widrigen Umstände zu bestehen und über die Runden zu kommen. Probleme und Sackgassen gibt es

zuhauf, aber wir erleben in der Beratung auch täglich, wie sich Klientinnen Freiräume für mehr Selbstbestimmung schaffen, Grenzen setzen, sich neue Kenntnisse und Fähigkeiten aneignen, einander in der Not auch mal unterstützen und sich pragmatisch und eigensinnig ihren Weg suchen. Die Frauen sind untereinander gut vernetzt – das merken wir unter anderem daran, dass viele auf Empfehlung einer Freundin oder Verwandten bei uns Rat suchen. Obwohl es genug Anlässe gäbe, für die es sich zu kämpfen lohnen würde – zum Beispiel für bessere Arbeitsbedingungen im Bordell oder auch respektvolleren Umgang bei Behörden – kommt es für die Frauen nicht infrage, sich über die alltagspraktische Ebene hinaus zu organisieren, um ihre Interessen politisch zu vertreten. Zu groß ist der Druck, sich auf das Geldverdienen zu konzentrieren, um auch am nächsten Tag die Zimmermiete zahlen oder Geld an die Familie überweisen zu können. Mit ausreichend Unterstützung kann es dennoch gelingen, dass die Frauen für ihre Belange eintreten: Als zum Beispiel 2021 die Anwohnenden an der Theodor-Heuss-Allee medienwirksam kritisierten, dass sich die Straßenprostitution über die Toleranzzone hinaus ausweitete, und der Konflikt zu eskalieren drohte, nahmen einige der Frauen, die in der Straßenprostitution arbeiten, an einem von FIM organisierten Austausch mit Anwohnenden und der Polizei teil. Das Gespräch verbesserte das gegenseitige Verständnis und führte zur Entschärfung des Konflikts. ■

# STRUKTURELLE RAHMENBEDINGUNGEN

## Der soziale, ökonomische und rechtliche Kontext des prekären Sexgewerbes

**Um die Arbeits- und Lebensbedingungen unserer prekär im Sexgewerbe tätigen, migrantischen Klientinnen richtig einordnen zu können, müssen sie in ihrem gesellschaftlichen Kontext betrachtet werden – intersektional. Denn Prekarisierung, vergeschlechtlichte und rassifizierte sowie (inter)nationale wirtschaftliche Machtverhältnisse greifen ineinander, verstärken sich gegenseitig und erzeugen umfassende soziale, rechtliche, materielle und berufliche Unsicherheiten. Der Fokus der folgenden Darstellung liegt auf der Situation von Migrantinnen aus den Balkanländern, unserer größten Klientinnengruppe. Aber auf abstrakter Ebene sind auch andere Gruppen von ähnlichen gesellschaftlichen und transnationalen Dynamiken und Machtverhältnissen betroffen.**

### Prekarisierung und transnationale ökonomische Gefälle

Unsere Klientinnen geraten in der Regel nicht erst durch die Arbeit in der Prostitution in die Prekariät, sondern haben schon im Herkunftsland am Rande des Existenzminimums und in ökonomischer Unsicherheit gelebt. In Bulgarien und Rumänien zum Beispiel kann sich mehr als ein Viertel der Bevölkerung keinen angemessenen Lebensstandard leisten. Selbst Durchschnittsverdiener\*innen sind oft arm trotz Arbeit, vor allem, wenn das Einkommen auch für

Kinder und Angehörige reichen muss. Umfassende Prekarisierung prägt die osteuropäischen Gesellschaften schon seit Jahrzehnten: Mit der Auflösung des sowjetischen Wirtschaftsraums gingen massenhaft Arbeitsplätze verloren. Mit der neoliberalen Transformation sanken die Reallöhne und die sozialen Sicherungssysteme wurden stark zurückgefahren. Perspektivlosigkeit und der Verlust von Sicherheiten und Rechten sowie die umfassende Korruption drängte rund ein Fünftel der Bevölkerung Rumäniens und Bulgariens zwischen 1990 und 2020 zur Auswan-

derung, vor allem junge Menschen. Die sozioökonomischen Schäden sind massiv: Es fehlen Fachkräfte, zum Beispiel im Gesundheitswesen, Beitragszahler\*innen für die unterfinanzierten Sozialsysteme, aber auch Mütter und Väter in den Familien. Viele Kinder wachsen bei Großeltern auf, die im Land geblieben sind.

Erweitert man nun die Perspektive auf die transnationale Ebene, wird deutlich, welche entscheidende Rolle globale ökonomische Gefälle spielen. Ob zwischen dem europäischen Westen und Osten oder zwischen

dem globalen Norden und Süden: Die starken Volkswirtschaften profitieren von der Prekarisierung in den schwächeren Ländern: Sie macht billige Arbeitskräfte verfügbar, die nicht nur den Agrar-, Bau- und Pflegesektor stützen, sondern auch die Nachfrage nach günstigen Sexdienstleistungen bedienen. Viele dieser hochmobilen Arbeitskräfte sind „freiwillig“ bereit, auch irreguläre bis ausbeuterische Arbeitsbedingungen hinzunehmen – weil das unter den schlechten Optionen, die sie haben, noch die beste ist.

### Rechtliche Unsicherheit

Der Großteil unserer Klientinnen aus dem Prostitutionsbereich sind Angehörige eines anderen EU-Staats, genießen Freizügigkeit, aber arbeiten im informellen Bereich. Frauen, die mit der Prostitution aufhören und einen anderen Job suchen, haben deshalb meist keine staatliche finanzielle Absicherung für die Übergangsphase und gefährden zudem ihren Aufenthalt. Selbst wenn die Frau jahrelang in Deutschland in der Prostitution gearbeitet hat, nach dem Prostituiertenschutzgesetz angemeldet ist und ihr Lebensmittelpunkt hier liegt, kann es passieren, dass ihr Antrag auf Sozialleistung (zunächst) abgelehnt wird. Zudem droht ihr, wenn sie seit unter fünf Jahren in Deutschland polizeilich angemeldet war und nicht sofort eine Arbeit findet, oder wenn sie Sozialleistungen bezieht, der Entzug der Freizügigkeit. Immer wieder unterstützen wir Klientinnen erfolgreich dabei, ihr Recht mit anwaltlicher Hilfe durchzusetzen. Vielen ist diese Schwelle jedoch zu hoch. Sie resignieren und kehren in die

Prostitution zurück. Diese Aufenthalts- und sozialrechtlichen Rahmenbedingungen, wie sie für den informellen Arbeitsmarkt typisch sind, verstetigen die wirtschaftliche Ungleichheit: Steuern und Gewinne werden in den westlichen Ökonomien abgeschöpft, während die Kosten der sozialen Reproduktion der Wanderarbeiter\*innen – Kinderbetreuung, Altenpflege, die Überbrückung von beruflichen Ausfallphasen und so weiter – häufig dem dezimierten Sozialsystem im Herkunftsland zulasten gehen oder innerhalb der familiären Versorgungsgemeinschaft kompensiert werden müssen.

Für das Sexgewerbe selbst ist das Prostitutionsrecht maßgeblich: Es ermöglicht legale Prostitution, setzt ihr aber einen engen Rahmen. Immer wieder sind Frauen auch außerhalb dieses Rahmens illegal tätig, zum Beispiel ohne Anmeldung oder in nicht für Sexdienstleistungen zugelassenen Räumlichkeiten. Ob als bewusste Entscheidung oder aus einer Notlage heraus, aus Unkenntnis der komplexen und regional unterschiedlichen Regelungen oder weil sie von Dritten getäuscht wurden: Verstöße können mit Bußgeldern bestraft werden, die die schlechte Lage der Frauen dann verschärfen.

Ein weiterer wesentlicher Aspekt rechtlicher Unsicherheit besteht darin, dass bei einem nicht geringen Teil der in Bordellen und Laufhäusern tätigen Frauen eine Scheinselbstständigkeit vorliegen dürfte. Denn oft üben Betreiber ein so hohes Maß an Kontrolle und Weisung gegenüber den ‚Mieterinnen‘ aus, dass das Verhältnis eher die Form einer Anstellung hat. Die finanziellen und sozialen Sicherheiten und Rechte, die den Frauen als Angestellte zustehen würden, erhalten die Betreiber ihnen jedoch vor.

### Geschlechterverhältnisse und Geschlechterrollenstereotype

Die oben geschilderte Prekarisierung und das Fehlen sozialstaatlicher Strukturen in den Herkunftsländern führen dazu, dass Rückhalt und Absicherung ins familiäre Solidarsystem verschoben wird: Man ist aufeinander angewiesen, in der Not wird niemand im Stich gelassen. Flankiert wird diese Entwicklung durch eine religiös-konservative Wende: Der Bezug auf traditionelle Werte, auf die besondere Bedeutung von Ehe und Familie, ist heute in den Gesellschaften Osteuropas weit verbreitet, vor allem abseits urbaner Milieus.

„Wir brauchen nichts. Wir lieben unsere Arbeit. Gracias mi amor.“<sup>1</sup>

„Ich will eine normale Arbeit, nicht diese scheiß Arbeit.“<sup>2</sup>

<sup>1</sup> Name und Alter unbekannt, trans Frau aus Lateinamerika, im Laufhaus tätig, auf die Frage nach Unterstützungsbedarf

<sup>2</sup> S., 38 Jahre, aus der türkischen Minderheit in Bulgarien, seit zehn Jahren in der legalen Straßenprostitution tätig

Die Renaissance patriarchaler Geschlechterrollen prägt auch die Sozialisation der Mädchen und Frauen in diesen Gesellschaften. Das stellen wir auch immer wieder in der Arbeit mit den Klientinnen fest: Zwar arbeiten einige darauf hin, den Erlös aus der Prostitution in ihre berufliche Zukunft zu investieren und ihre persönlichen Lebensbedingungen zu verbessern. Das Selbstverständnis und die Lebensplanung vieler Klientinnen entspricht jedoch nicht dem – oft als Maßstab angelegten – bürgerlich-liberalen Ideal des individuellen Subjekts, das sich autonom selbst verwirklicht. Denn eine solche Subjektivität erfordert ein gewisses Maß an sozialer Absicherung und Unabhängigkeit. Angesichts unsicherer Lebensumstände orientiert sich das Selbstverständnis vieler eher an kollektivistischen Werten: Sie sind eng eingebunden in die familiäre Versorgungsgemeinschaft, empfinden hohes Verantwortungsbewusstsein für das Wohl ihrer Angehörigen und sind bereit, dafür eigene Wünsche zurückzustellen und große persönliche Opfer zu bringen. Für viele Klientinnen, die eigentlich raus möchten aus dem Sexgewerbe, ist es zum Beispiel keine Option, eine Stelle im Niedriglohnsektor anzunehmen, wenn das Einkommen dann zwar für sie, aber nicht mehr zur Unterstützung der Familie reichen würde.

Auch das Sexgeschäft selbst ist durch patriarchale Geschlechterste-

reotype und -verhältnisse geformt und weitgehend entlang der Kategorie Geschlecht segregiert: Die Branche ist fast ausschließlich um den männlichen Kunden herum organisiert und bedient die männliche Nachfrage nach diversen Spielarten der Sexualität – hetero, homo, kink et cetera. Auch die ökonomische Macht im Gewerbe ist in männlicher Hand. Fast alle Zuhälter und die Betreiber von Prostitutionsstätten sind Männer, sie bestimmen die Arbeits- und oft auch Lebensbedingungen und schöpfen Gewinne ab. Natürlich darf nicht unterschlagen werden, dass nicht nur Männer Sexdienstleistungen nachfragen und nicht nur trans und cis Frauen sie anbieten. Dennoch kann von einem geschlechtergerechten Markt – aus diversen Gründen – keine Rede sein.

### Multiple Diskriminierungen

Nicht zuletzt haben diverse, sich überlagernde Diskriminierungserfahrungen und Ausschlüsse entscheidenden Einfluss auf die Lebens- und Arbeitsbedingungen und die Handlungsspielräume unserer Klientinnen. Vor allem die Kategorien Geschlecht, ethnische Zuordnung und Schicht beziehungsweise sozialer Status sind hier zentral: Schon allein als Frauen sind unsere Klientinnen in vielen Lebensbereichen benachteiligt und dem alltäglichen Sexismus ausgesetzt. Durch die Arbeit im Sexgewerbe werden sie zusätzlich als moralisch und sexuell deviant stigmatisiert. Wie

andere als sexuell offensiv und promiskuitiv wahrgenommene Frauen werden sie regelmäßig abwertend behandelt und Opfer von *slut shaming*, in ihrem Fall noch verschärft dadurch, dass sie Geld für ihre Leistungen nehmen. Trans Frauen, die noch radikaler gegen die rigiden Geschlechternormen verstoßen, erleben oft schwerwiegende Demütigungen, verbale und auch physische Gewalt. Viele, die sich jenseits des binären Geschlechtersystems oder der heterosexuellen Norm bewegen, haben schon im Herkunftsland mit Diskriminierung zu kämpfen. Die Bewahrung der cis- und heteronormativen Ordnung ist einer der wichtigsten Gründe, warum sechs osteuropäische EU-Staaten bis heute die Istanbul-Konvention nicht ratifiziert haben. Auch in Thailand, Herkunftsland vieler unserer trans Klientinnen und vermeintlich liberal gegenüber queeren Geschlechtsidentitäten, werden LGBTIQ\*-Personen, ähnlich wie in Deutschland, in vielen Bereichen ausgegrenzt und haben schlechtere berufliche Chancen.

Auch rassistische Diskriminierung prägt die Biografie vieler Frauen. Diejenigen, die ethnischen Minderheiten zugerechnet werden, erleben oft schon im Herkunftsland massive Diskriminierung. Das betrifft zum Beispiel die türkischsprachige Minderheit in Bulgarien, die in den 1980er Jahren zwangsassimiliert wurde und angesichts der aktuell wieder stärkeren Ablehnung der Mehrheitsbevölkerung gegen Muslim\*innen heute immer noch marginalisiert ist. In vielen Balkanstaaten sind auch Rom\*nja gesellschaftlich ausgeschlossen. Das hat nicht nur identitätspolitische, sondern auch ökonomische Bedeu-

**„Ich will endlich mit meiner Tochter zusammenleben.“**

T., 37 Jahre, aus der türkischen Minderheit in Bulgarien, seit fünf Jahren in der legalen Straßenprostitution tätig

tung, denn diese Gruppen werden traditionell als volkswirtschaftliche Rangiermasse benutzt: Bis Mitte des 19. Jahrhunderts wurden Rom\*nja in Ungarn, Siebenbürgen und dem heutigen Bulgarien als Leibeigene gehandelt und zur Feldarbeit ausgebeutet. In der Sowjetzeit waren sie zu Hilfsdiensten in Industrie und Landwirtschaft zwangsverpflichtet. Mit dem Übergang zur Marktwirtschaft wurden die meisten als überschüssige Arbeitskräfte wieder aus dem Arbeitsmarkt desintegriert und der Verelendung preisgegeben. Als in den 2000er Jahren unter Anleitung der Weltbank mehrere Hundert Schulen in Bulgarien geschlossen wurden, waren Rom\*nja unter den zahlreichen Schüler\*innen, die daraufhin die Schule abbrachen, massiv überrepräsentiert. Soziale Einschnitte treffen sie bis heute besonders hart, gleichzeitig müssen sie als Sündenböcke für diverse gesellschaftliche Probleme herhalten. Der strukturelle Ausschluss aus dem Arbeitsmarkt und dem Sozialsystem zementiert die in vielen Rom\*nja-Communities bestehenden patriarchalen Verhältnisse, die ihrerseits auch ein Hindernis für Teilhabe sind – so führt Marginalisierung zu weiterer Marginalisierung. Kein Wunder also, dass viele Minderheitenangehörige versuchen, ihren Lebensunterhalt in Westeuropa zu verdienen. Aber auch hierzulande ist Antiziganismus tief verankert, das zeigen zum Beispiel dokumentierte Fälle von racial profiling durch die Polizei und stereotypisierende Darstellungen in den Medien. Jedoch erleben auch Menschen, die nicht zu ethnischen Minderheiten gerechnet werden, in Deutschland Rassismus – zum Beispiel in seiner antisla-

wischen Form. Im Zuge der EU-Osterweiterung wurden Ressentiments gegen Osteuropäer\*innen neu geschürt, die bereits seit dem Kaiserreich bestanden und ihren furchtbaren Höhepunkt im Nationalsozialismus erreichten. Heute stellen wir immer wieder fest, dass zum Beispiel die Sozialleistungsanträge von Osteuropäer\*innen viel gründlicher geprüft werden – offenbar, weil die Behörden Leistungserschleichung vermuten. Auch (vor allem Schwarze) Frauen aus Lateinamerika oder Ostasiatinnen erleben Rassismus im Alltag und im Gewerbe. Denn die dort tätigen Frauen werden ausgesprochen rassifiziert wahrgenommen. So können Kunden zum Beispiel die Inserate auf Online-Plattformen nach ‚Typ‘ („afrikanisch“, „asiatisch“, „exotisch“, „osteuropäisch“, „deutsch“ etc.) und nach Hautfarbe („helle“, „mittlere“, „bräunliche“ oder „schwarze“ Haut) selektieren. Auch die Anzeigen und Werbetexte sprechen immer wieder (kolonial-)rassistische und exotisierende Fantasien an. Doch auch unter den Inserent\*innen selbst ist es verbreitet, zum Beispiel Schwarze Männer oder ‚Südländer‘ als Freier auszuschließen.

Zum sexistischen und rassistischen Framing gesellt sich oft die durch die niedrigen Preise, die häufig heruntergekommenen Prostitutionsstätten und die Exposition am Straßenrand erkennbare Prekarität der Frauen. Das rassifizierte Stigma der Armut impliziert, „diese Art Frau“ sei „billig zu haben“. Eine unserer türkisch-bulgarischen Klientinnen zum Beispiel wollte aus dem Bordell in den Escort wechseln, wo die Arbeit lukrativer und die Bedingungen wesentlich bes-

ser sind. Eine Branchenkennerin machte jedoch wenig Hoffnungen: Im hochpreisigen Segment gebe es keine Nachfrage nach Frauen ihrer Ethnizität. Das zeigt, wie sich in den Bedingungen des Sex-Marktes rassistische und schichtbezogene Diskriminierung verschränken und damit den Betroffenen die Chance auf bessere Verdienste und mehr Selbstbestimmung verstellen. ■

### → FAZIT

Diese Darstellung der Diskriminierungsformen und strukturellen Rahmenbedingungen ist sicher nicht vollständig. Aber sie zeigt: Multiple Prekarisierungs- und Marginalisierungsprozesse sowie Geschlechterungerechtigkeit charakterisieren die prekäre Prostitution, schaffen erhebliche Machtasymmetrien und prägen die Handlungsspielräume der Betroffenen. Als Beratungszentrum unterstützen wir unsere Klientinnen im Umgang mit den Lebens- und Arbeitsbedingungen, in denen sie tätig sind. Als Frauenrechtsorganisation lenken wir öffentliche Aufmerksamkeit auf die Mechanismen des Ausschlusses und fordern auf der fachpolitischen Ebene konkrete Verbesserungen. Die Wurzeln all dieser strukturellen Rahmenbedingungen können freilich nur durch einen umfassenden und transnationalen Prozess des Wandels erreicht werden.

# ZWISCHEN VERBOT UND BERUFLICHER ANERKENNUNG – EINE STANDORTBESTIMMUNG

Der Kauf und Verkauf sexueller Dienstleistungen ist umstritten – in der allgemeinen Öffentlichkeit, aber auch innerhalb der feministischen Bewegung und unter Fachberatungsstellen. Der Diskurs bewegt sich in einem Spannungsfeld zwischen zwei Polen: der Forderung nach Abschaffung der Prostitution auf der einen und dem Kampf um Anerkennung von Sexarbeit als Beruf auf der anderen Seite. Beide Lager verstehen sich als feministisch, beide kritisieren die gegenwärtige gesetzliche Lage, vertreten jedoch konträre politische Forderungen bezüglich der Reglementierung der Prostitution. Im Folgenden möchten wir unseren Standpunkt innerhalb dieser Debatte bestimmen. Dazu umreißen wir zunächst die Argumentationen der beiden Extrempositionen – Sexkaufverbot versus berufliche Anerkennung. In Abgrenzung dazu, anhand unserer Erfahrungen aus der Beratungspraxis und unter Bezugnahme auf die im vorangegangenen Abschnitt beschriebenen strukturellen Rahmenbedingungen der prekären Prostitution erläutern wir anschließend unsere Position und unsere Perspektive auf die aktuelle Prostitutionspolitik.

## SEXKAUFVERBOT: Es gibt keine ,gute‘ Prostitution

In den Augen ihrer entschiedensten Gegner\*innen ist Prostitution generell schädlich – und zwar nicht nur für die konkrete Prostituierte<sup>1</sup>, sondern auch für jede andere Frau, denn auch sie werde allein durch die Verfügbarkeit von käuflichem Sex zur potenziellen Ware und damit zum Objekt degradiert. Dies stehe der Menschenwürde und der Gleichberechtigung von Frauen und Männern grundsätzlich entgegen, sodass die gesellschaftlichen Folgen von Prostitution weit über die direkt involvierten Personen hinausreichen. Dies ist zum Beispiel Teil der Argumentation, die in skandinavischen Ländern zur Einführung des Sexkaufverbots geführt hat.

Dass eine Frau sich selbstbestimmt entscheidet, dieser Tätigkeit nachzugehen, und sie dann ebenso selbstbestimmt ausübt, ist für viele Vertreter\*innen dieses Lagers kaum denkbar: Aus ihrer Sicht ist Prostitution generell durchdrungen von mehr oder weniger manifester Ge-

walt, Ausbeutung und struktureller und patriarchaler Unterdrückung. Meist werden die in der Prostitution tätigen Frauen pauschal als Opfer beschrieben, die unter Zwang stehend, getäuscht oder aufgrund mangelnder Bildung der Prostitution nachgehen. Die Betroffenen seien oft traumatisiert und neigten zu selbstschädigendem Verhalten. Unabhängig von den konkreten Lebensumständen und Arbeitsbedingungen erleide jede Prostituierte anhaltenden körperlichen und seelischen Schaden. Und selbst falls einzelne Frauen aus freien Stücken als Prostituierte tätig sein sollten, ändere dies eben nichts an den negativen Auswirkungen auf das Geschlechterverhältnis.

Die gegenwärtige Rechtslage wird dementsprechend als viel zu lax kritisiert: Die liberale Prostitutionspolitik habe Deutschland zum ‚Bordell Europas‘ gemacht, kriminelle Netzwerke nutzen dies aus. Das ProstSchG (siehe Kasten S. 17) habe keine positiven Auswirkungen auf die Situation der Prostituierten, stattdessen werde die Position der Freier und Zuhälter gestärkt:

Der Staat setze den legalen Rahmen dafür, dass Frauen zum käuflichen Sexualobjekt werden, und fördere so patriarchale Strukturen. Vertreter\*innen des Sexkaufverbots fordern deshalb die Überwindung des ‚Systems Prostitution‘. Die politische Blaupause dafür ist das Nordische Modell, mit dem in verschiedenen Ländern Skandinaviens Prostitution bekämpft wird. Ansatzpunkt sind dabei zunächst nicht die Frauen selbst, die vor Kriminalisierung bewahrt werden sollen, sondern Freier und Betreiber von Prostitutionsstätten, denen die Schuld an der Unterdrückung und dem Leid zugeschrieben wird. Indem der Kauf sexueller Dienstleistungen verboten und unter Strafe gestellt wird, soll kurzfristig der Sexindustrie der Boden entzogen werden. Gleichzeitig erhalten Prostituierte Unterstützung beim Ausstieg. Langfristig wird ein Wandel gesellschaftlicher Normen angestrebt: Prostitution soll allgemein als entwürdigend und frauenverachtend geächtet werden, es soll keine Prostituierten mehr geben.

## ANERKENNUNG: Selbstbestimmte Sexarbeit<sup>2</sup> geht nur ohne Stigma und behördliche Repression

Diejenigen, die sich für die Anerkennung von sexuellen Dienstleistungen als vollwertiger Beruf einsetzen, sehen keinen grundsätzlichen Unterschied zu anderen körpernahen Dienstleistungen. Selbstverständlich ist für sie, dass sexualisierte Gewalt, Zwangsprostitution und Menschenhandel davon klar abzugrenzen und zu verfolgen sind. Jedoch seien aus eigener Entscheidung als Sexarbeiter\*innen tätige Personen in ihrer berufsbezogenen und sexuellen Selbstbestimmung anzuerkennen: ‚Mein Körper – meine Entscheidung‘. Oft knüpfen sie an die Debatte um Care-Arbeit an: Genau wie Hausarbeit oder Krankenpflege sei die Befriedigung sexueller Bedürfnisse in patriarchalen, heteronormativen Gesellschaften Frauen\* zugewiesen und solle von ihnen uneigennützig und unentgeltlich – aus Liebe – geleistet werden. Begehren diese dagegen auf, verlangen Anerkennung oder Bezahlung, treffen sie auf moralis-

<sup>1</sup> Vertreter\*innen des Abolitionismus beziehen sich in aller Regel auf cis-weibliche Prostituierte und cis-männliche Freier und Zuhälter.





tische oder paternalistische Abwehr und der gesellschaftliche Wert ihrer Arbeit werde aberkannt. Das sei der normative Hintergrund der Diskriminierung, Stigmatisierung und staatlichen Bevormundung, mit denen Sexarbeiter\*innen auch heute noch kämpfen und die ihnen die selbstbestimmte Arbeit erschweren. Sexarbeit-Aktivist\*innen widersprechen Vorstellungen von der hilflos ausgelieferten Sexarbeiter\*in und dem brutalen Freier – der Umgang zwischen Anbieter\*in und Kunde sei in der Regel nicht weniger respektvoll als bei anderen körpernahen Dienstleistungen. Sexarbeit-Aktivist\*innen haben sich von Anfang an vehement gegen das ProstSchG eingesetzt: Der angeblich angestrebte Schutz könne, wie bei anderen Berufen auch, hinreichend über Arbeits- und Gewererecht geregelt werden. Das ProstSchG setze aber vor allem auf ordnungsrechtliche Maßnahmen: Beratungs- und Anmeldepflicht, Kontrollbefugnisse, bei Verstößen Sanktionen und Bußgelder. Sie sehen den Datenschutz bedroht, außerdem belastet der bürokratische Aufwand durch gewerberechtliche Vorgaben kleine, von Sexarbeiter\*innen selbst geführte Sexstudios viel stärker als Großbordelle. Nach Ansicht dieses Lagers verleihe das ProstSchG der Sexarbeit einen Sonderstatus, rücke sie in die Nähe der Kriminalität und treibe viele in die Illegalität. Tatsächliches Ziel sei es, Sexarbeit zurückzudrängen – nicht mittels Freierbestrafung wie beim Nordischen Modell, sondern durch Druck auf Sexarbeiter\*innen.

Um gute Arbeitsbedingungen und gesellschaftliche Anerkennung zu erreichen, müsse das ProstSchG gestrichen, das Gewerbe im Sinne der

Selbstbestimmung der Sexarbeiter\*innen neu geregelt und auch die Migrationspolitik, die zur Prekarität der besonders vulnerablen Sexarbeiter\*innen beiträgt, umgestaltet werden.

### UNSERE POSITION:

Auf normativer Ebene ist für uns klar: Sexuelle Handlungen zwischen mündigen Erwachsenen gegen Bezahlung sind nicht per se problematisch oder gar entwürdigend. Auch vor dem Hintergrund weiterhin bestehender patriarchal geprägter Geschlechterverhältnisse sind selbstbestimmte sexuelle Dienstleistungen möglich – allerdings nur unter bestimmten, guten individuellen Bedingungen. Dazu gehört erstens, dass die betreffende Person alternative Optionen für den Erwerb eines angemessenen Einkommens hat, und zweitens, dass die Entscheidung für die Tätigkeit sowie ihre Ausübung frei von sozioökonomischen Zwängen oder emotionalem Druck ist.

### Weder immer freiwillig noch stets erzwungen

In der Realität jedoch treffen diese Idealbedingungen nur auf einen relativ kleinen, verhältnismäßig ressourcenstarken und meist nicht-migrantischen Teil der im Sexgewerbe Tätigen zu. Anders als die oben geschilderten Lager es darstellen, ist die Arbeit im Sexgewerbe weder immer erzwungen, noch

ist die völlig selbstbestimmte Entscheidung dazu die Regel. Stattdessen sehen wir ein breites Spektrum zwischen selbstbestimmter Sexarbeit und prekärer bis notgedrungener Prostitution, in dem sich auch unsere Klientinnen bewegen.<sup>3</sup> Je nach den individuellen Umständen und der Marktlage haben sie mal mehr, oft aber eher weniger Kontrolle über ihre Arbeitsbedingungen und arbeiten immer wieder auch unter großem Druck. Aus ganz freier Wahl und ohne äußere Zwänge sind die wenigsten unserer Klientinnen tätig.

### Kein Job wie jeder andere

Manche würden hier vielleicht einwenden, dass sich ihre Situation nicht von der anderer prekarisierter Migrant\*innen unterscheidet, die zum Beispiel in der häuslichen Pflege arbeiten. Doch bestehen unserer Ansicht nach zentrale Unterschiede zwischen Sexdienstleistungen und anderen körpernahen Tätigkeiten:

Zum einen ist da die besondere Schutzwürdigkeit der sexuellen Selbstbestimmung. Die Freiheit zu entscheiden, mit wem, wann und wie ein Mensch sexuellen Kontakt haben möchte, darf nicht durch den Zwang der Verhältnisse gefährdet werden. Aktuell ist das zumindest in der prekären Prostitution nicht gewährleistet: Auch wenn sie sich grundsätzlich selbst entschie-

<sup>2</sup> Mit der Bezeichnung ‚Sexarbeit‘/ ‚Sexarbeiter\*innen‘ unterstreichen Aktivist\*innen die Professionalität der Tätigkeit und die Subjektivität der Dienstleister\*innen. Außerdem legen sie Wert darauf, Sexarbeiter\*innen aller geschlechtlichen Identitäten zu inkludieren.

<sup>3</sup> Auch Betroffene von Zwangsprostitution gehören zu unseren Klientinnen und werden von unseren spezialisierten Mitarbeiterinnen im Arbeitsbereich Opferschutz bei Menschenhandel beraten und unterstützt. Auch wenn es im Einzelfall nicht immer einfach ist, unterscheiden wir klar zwischen selbstbestimmter Prostitution (auch wenn die Verhältnisse der Betroffenen wenig Optionen lassen) und Ausbeutung sowie Zwangsprostitution durch Dritte gegen den Willen der Klientin.

## → ZUR AKTUELLEN RECHTSLAGE

Lange war Prostitution in Deutschland zwar nicht verboten, galt aber als ‚sittenwidrig‘ und ‚gemeinschaftsschädlich‘. Das änderte sich 2001 mit dem von der damaligen rot-grünen Regierung verabschiedeten **Prostitutionsgesetz (ProstSchG)**: Das Rechtsverhältnis zwischen Prostituierten und Freiern wurde geklärt und die Rechte der Prostituierten gestärkt: Für die vereinbarte Leistung können sie nun Entgelt einklagen. Bei abhängiger Beschäftigung haben sie Anspruch auf Entlohnung und Zugang zur Sozialversicherung. Gleichzeitig wurden die Vorgaben für den Betrieb einer legalen Prostitutionsstätte präzisiert und die Abgrenzung zu illegaler Ausbeutung und Zuhälterei geschärft.

Die schwarz-rote Regierung gestaltete die gesetzliche Regelung durch das 2016 verabschiedete **Prostituiertenschutzgesetz (ProstSchG)** um. Eingeführt wurden unter anderem eine Anmeldepflicht mit Informationsberatung sowie verpflichtende regelmäßige Gesundheitsberatungen für Prostituierte. Die Verwendung von Kondomen ist vorgeschrieben. Prostitutionsstätten sind erlaubnispflichtig, bestimmte Betriebsstandards sind vorgegeben und bei der Prüfung wird auch die persönliche Zuverlässigkeit der Betreibenden berücksichtigt. Behördliche Kontroll- und Betretensrechte wurden ausgeweitet, bei Verstößen gegen die Vorgaben können sowohl für Betreibende als auch für Prostituierte Sanktionen verhängt werden. Die Umsetzung des ProstSchG ist Sache der Bundesländer und Kommunen, hier gibt es teilweise deutliche Unterschiede in der Ausgestaltung.

lichen Beruf darstellen oder manche Akteur\*innen darin sogar feministische Selbstermächtigung erkennen, müssen wir deshalb mit Blick auf die harsche Realität in der prekären Prostitution widersprechen.

### Mindeststandards müssen gesetzlich gesichert werden

Angesichts dieser asymmetrischen, Gewalt begünstigenden Kräfteverhältnisse, der prekären Lebensbedingungen und der Vulnerabilität unserer Zielgruppe befürworten wir grundsätzlich, dass es klare gesetzliche Regelungen gibt und Mindeststandards bei den Arbeitsbedingungen durchgesetzt werden. Ein Sexkaufverbot ist unserer Ansicht nach nicht der richtige Weg: Wie die Erfahrungen aus Skandinavien, aber auch während den pan-

demiebedingten Einschränkungen hierzulande gezeigt haben, wird Prostitution durch Verbote vielleicht verringert, aber nicht beendet. Stattdessen werden vor allem die besonders vulnerablen Gruppen weiter in die Illegalität verdrängt. Das begünstigt Ausbeutung und Gewalt und verschärft deren schlechte Lage massiv. Was nach einer konsequenten, einfachen Lösung klingt, würde unseres Erachtens auf der praktischen Ebene eher auf das Prinzip ‚Aus den Augen, aus dem Sinn‘ hinauslaufen. Auf der anderen Seite können wir auch die Forderung nach Deregulierung von Seiten der Sexarbeit-Aktivist\*innen nicht teilen. Denn viele, die unter schwierigen Bedingungen in der Prostitution arbeiten, können ihre Interessen aufgrund ihrer prekären Lagen nicht selbst durchsetzen,



## → UNSERE FORDERUNGEN

- Das Hilfesystem durch langfristige und angemessene Finanzierung stärken und die Beratungsqualität sichern
- hohe Qualitätsstandards für Informations- und Beratungsgespräche nach § 7 ProstSchG, möglichst durch Einbindung qualifizierter Beratungsstellen sowie Sprachmittler\*innen
- Qualifizierte und von Sprachmittler\*innen begleitete Gesundheitsberatung nach § 10 ProstSchG, niedrighschwellige Untersuchungsangebote
- Niedrighschwiligen Zugang des Hilfesystems zu den Prostitutionsstätten sichern
- Möglichkeiten zur (vorübergehenden) Unterbringung im Krisenfall schaffen, zum Beispiel durch pauschal finanzierte Plätze in Frauenhäusern
- Schutz vor beziehungsweise Hilfe bei sozioökonomischen Zwangslagen, etwa durch den Abbau von Hürden bei der Leistungsbeantragung
- Finanzierung von Ausstiegsprojekten: berufliche Alternativen eröffnen durch Weiterqualifikation, Unterstützung bei der Jobsuche sowie finanzielle Überbrückungshilfen
- Empirische Erhebung der Motive und Sichtweisen von Freiern, um auf dieser Grundlage zielgerichtete Sensibilisierungs- und Gewaltpräventionsmaßnahmen zu entwickeln
- Strafverfolgungsbehörden sowie kommunale Behörden und Einrichtungen zu Lebens- und Arbeitsbedingungen in der prekären Prostitution, struktureller Diskriminierung und im diversitätssensiblen Umgang schulen und mit angemessenen Ressourcen ausstatten
- Die Zusammenarbeit zwischen Polizei und Hilfesystem durch Kooperationsvereinbarungen verstetigen und verbindliche Standards einführen, wie etwa der proaktive Verweis an Beratungsstellen
- Betreiber in den Fokus nehmen: Überhöhte Zimmermieten in Prostitutionsstätten unterbinden. Sicherstellen, dass Quittungen für Mietzahlungen ausgestellt werden. Pauschalsteuer nicht mehr über Betreiber abrechnen, um Betrug und Einbehalt zu verhindern. Unbefugten Weisungen entgegenwirken

sondern brauchen Regelungen, die ihnen überhaupt erst den Ausweg aus Prekarität und Marginalisierung ermöglichen. Die Realität und Komplexität der Situation müssen in den Blick und Kommunen und Behörden in die Pflicht genommen werden, damit die schwierigen Lebenslagen der im Gewerbe Tätigen nicht ignoriert und Strukturen geschaffen werden, die ihnen die Durchsetzung ihrer Rechte erleichtern. Deshalb haben wir 2016 die gesetzliche Nachjustierung begrüßt. Wir finden es wichtig, Prostitution aus der Informalität zu holen. Deshalb ist es sinnvoll, dass durch Anmeldung und Gesundheitsberatung ein regelmäßiger Kontakt zwischen den Behörden und den im Sexgewerbe Tätigen hergestellt ist und damit verlässliche Informationen weitergegeben sowie Beratungsmöglichkeiten eröffnet werden.

### ProstSchG: Mängel in Ansatz und Umsetzung

Mit der konkreten Ausgestaltung des Gesetzes sind wir allerdings nicht zufrieden: Das ProstSchG hat seinen Zweck, den Schutz von im Sexgewerbe tätigen Menschen, bisher in weiten Teilen verfehlt. Das liegt an Ausrichtung und Umsetzung des Gesetzes: Die Betreiber der Prostitutionsstätten, die Macht über Verhältnisse im Gewerbe haben, hätten mit wirksameren Instrumenten und gründlichen Kontrollen auf gute Arbeitsbedingungen festgelegt werden können. Zum Beispiel wurden Betreiber nicht verpflichtet, Streetworker\*innen Zugang zu Prostitutionsstätten zu gewähren. Nach wie vor bleibt dies in der Regel eine Sache der Kulanz. Nur wenige Landkreise oder Kommunen haben den Zugang über

Auflagen anders geregelt. Und obwohl Betreiber ein Betriebskonzept vorlegen müssen, wird dessen Umsetzung vor Ort nicht immer systematisch geprüft, also beispielsweise, ob die Notrufanlage tatsächlich existiert und funktioniert oder Hygienestandards eingehalten werden. Viel zu oft richten sich Kontrollen und repressive Maßnahmen gegen die Sexdienstleister\*innen. Manche der eingeführten Vorschriften erhöhen deren Vulnerabilität sogar. Zum Beispiel nehmen einige Betreiber den Frauen ihren Anmelde nachweis, der bei Ausübung der Prostitution mit sich geführt werden muss, ab und setzen ihn bei Mietrückständen als Druckmittel ein. Auch die Kondompflicht führt nicht dazu, dass grundsätzlich geschützter Geschlechtsverkehr praktiziert wird. Dafür kommt es vor, dass Kondome in der Tasche von Frauen, die im Sperrgebiet kontrolliert wurden, als Hinweis auf illegale Prostitution gewertet werden und ein Bußgeld fällig wird. Auch in Sachen Aufklärung und Beratung sind viele Chancen ungenutzt geblieben: Zwar haben einzelne Landkreise oder Kommunen das positive Potenzial des

**„Ich besitze nichts, außer das, was ich gerade trage. Meine Tasche hat mir der Hotelbesitzer weggenommen, weil ich nicht bezahlt habe. Aber dem zeig ich’s. Und dann geht es irgendwie weiter.“**

R., ca. 20 Jahre, aus der türkischen Minderheit in Bulgarien, in der illegalen Straßenprostitution im Bahnhofsviertel tätig

ProstSchG engagiert ausgeschöpft, um für die Frauen gute Angebote zu machen – zum Beispiel indem sie eigene Mitarbeiter\*innen durch Fortbildungsmaßnahmen sensibilisieren, Fachberatungsstellen in die Beratung einbinden, konsequent mit Sprachmittler\*innen arbeiten und gut mit dem Hilfesystem vernetzt sind. In anderen Orten allerdings sind die zuständigen Behörden nicht ausreichend qualifiziert, überfordert und haben kaum Kenntnisse über das Milieu. Beratungen und Informationsgespräche finden in manchen Kommunen ohne Sprachmittlung statt, teilweise wird nur ein Zettel ausgehändigt. Zusätzlich erhöhen mancherorts Anmeldegebühren die Hemmschwelle. Zuhälter, die Frauen in die Prostitution drängen, können die Anmeldung oft ohne weiteres für sie organisieren und begleiten sie zu den Terminen, ohne dass die Nötigung erkannt wird. Kurz: Das ProstSchG in seiner jetzigen Form und Umsetzung ändert kaum etwas an den hochproblematischen Kräfteverhältnissen im Gewerbe. Darin spiegelt sich das geringe Interesse an der Veränderung der Marktmechanismen und die hintergründige normative Abwertung von Sexdienstleistungen und -dienstleister\*innen der breiten Gesellschaft wider.

### Das Dunkelfeld überwinden, Selbstbestimmung stärken

Menschenrechtsarbeit im Bereich Sexdienstleistungen – das bedeutet für uns, Gewalt und Ausbeutungsstrukturen den Boden zu entziehen und Prekarität zu bekämpfen. Gesellschaft und Politik müssen sich der Realität der Prostitution stellen. Dazu gehört in erster Linie, die strukturelle Gewalt und

Ausbeutung im Geschäft anzugehen und die Handlungsoptionen für Menschen in der Prostitution auszuweiten, indem Stigma und Ausschlüsse abgebaut, Behörden und Ämter sensibilisiert, das Hilfesystem gestärkt und die berufliche Neuorientierung sozial und finanziell abgesichert werden. Auf gesellschaftlicher Ebene ist eine differenzierte Interessenvertretung von Sexdienstleister\*innen nötig. Einige derjenigen, die unter guten Bedingungen arbeiten, haben sich auch für ihre politischen Anliegen organisiert und leisten engagierte Lobbyarbeit. Doch auch wenn einzelne Beratungsstellen sich sehr darum bemühen, sind die prekär in der Prostitution Tätigen nicht angemessen vertreten. Damit sich das ändert, müsste die Bereitschaft wachsen, auch ihnen zuzuhören. Paternalismus steht dabei im Weg: Politik und Öffentlichkeit, aber auch die Soziale Arbeit müssen sie als selbstbestimmte und eigenverantwortliche Akteur\*innen anerkennen, ohne die oft schwierigen und von strukturellen Zwängen geprägten Lebensumstände zu verdrängen – und ihre Entscheidungen respektieren.

Auf gesellschaftspolitischer Ebene sollten – auch im Sinne der Istanbul-Konvention – schichtbezogene, rassistische und sexistische Diskriminierungsformen auf breiter Front angegangen werden – etwa durch Sensibilisierung und die Verbesserung der Abläufe in den Behörden, aber auch durch Präventionsarbeit zum Thema Sexismus und konsensuelle Sexualität. Davon würden nicht nur diejenigen profitieren, die mit sexuellen Dienstleistungen ihren Lebensunterhalt verdienen, sondern die Gesellschaft insgesamt. ■

# ADVOCACY, ÖFFENTLICHKEITSARBEIT UND VERNETZUNG

Das Ziel unserer Öffentlichkeits- und Vernetzungsarbeit ist es, über die Lebenslagen und die problematischen Strukturen im Gewerbe aufzuklären und Veränderung voran zu bringen. Dabei arbeiten wir ‚bottom up‘: Unsere Kenntnisse aus der praktischen Arbeit mit prekarierten Gruppen tragen wir gezielt in Fachkreise und in die Politik. Regelmäßig geben wir auch den Medien Auskunft zu dem Thema und erreichen so die allgemeine Öffentlichkeit. Um konkrete Probleme zu adressieren und Lösungen zu entwickeln, sehen wir alle Beteiligten in der Verantwortung und bieten zielgruppengerechte Maßnahmen: Wir sensibilisieren Mitarbeitende von Behörden und Ämtern, vermitteln Kenntnisse über die Problemlagen und bieten Raum für fachlichen Austausch. Auch mit den Akteur\*innen des Hilfesystems arbeiten wir intensiv zusammen und fördern im Netzwerk die praktische Kooperation sowie die Weiterqualifizierung. Wir beziehen aber auch die Nachfrageseite des Marktes in unsere Öffentlichkeitsarbeit mit ein – und zwar ohne moralischen Zeigefinger. Seit unserer Freierkampagne mit dem Ziel, für Zwang und Ausbeutung zu sensibilisieren, wenden sich immer wieder einzelne Männer an uns mit der Frage, wie sie eine betroffene Frau unterstützen können.

## Von FIM koordiniert

### • Kommunalen Arbeitskreis Prostitution Frankfurt

Dieser AK dient dem Austausch mit kommunalen Stellen und Behörden. Er wurde schon vor vielen Jahren von FIM ins Leben gerufen und findet nun bei Bedarf statt. Ziel ist es, die Kooperationen zu intensivieren und strukturelle Verbesserungen zu erreichen. Immer wieder nehmen auch Institutionen aus anderen Städten am Austausch teil.

### • Fachgespräch Prostitution im Bahnhofsviertel

Einmal jährlich laden wir alle Akteure des Hilfesystems und Vertreter\*innen der Behörden und der Polizei, die mit dem Sexgewerbe im Bahnhofsviertel zu tun haben, zum Austausch ein. Im vertrauensvollen Rahmen tauschen wir uns über aktuelle Entwicklungen aus, teilen Beobachtungen und diskutieren Ideen und Ansätze.

### • Hessenweites Austauschtreffen zum ProstSchG für Mitarbeitende der Gesundheits- und Ordnungsämter

Im Rahmen unseres Projektes Armutprostitution veranstalten wir jährlich Austauschtreffen für Mitarbeiter\*innen der Gesundheits- und Ordnungsämter aus ganz Hessen. Wir geben unsere Expertise über das Sexgewerbe und die Lebenssituationen der Frauen weiter und geben Orientierung im Umgang mit den Problemlagen. Auch für den Austausch über interne Abläufe und Fachfragen ist Raum.

### • Hessenweite Vernetzungstreffen Streetwork

Das landesweite Vernetzungstreffen ist ebenfalls aus dem Projekt Armutprostitution entstanden. Viermal im Jahr bringt FIM alle Mitarbeiter\*innen der verschiedenen Träger zusammen, die in Hessen Streetwork im Sexgewerbe machen. Bei den Treffen stehen unterschiedliche Fachthemen im Fokus: Mal werden Informationen über einzelne Herkunftsländer vermittelt, mal tauschen wir uns zu besonderen Problemlagen aus. Die Treffen dienen der Weiterqualifizierung der Streetworkerinnen.

## Netzwerke, in die sich FIM einbringt

### • Fachbeirat Prostitution in Frankfurt

Der Fachbeirat wurde gegründet, um die Umsetzung des ProstSchG in Frankfurt zu begleiten. Die Mitglieder – neben den Fachberatungsstellen unter anderem auch das Gesundheits- und Ordnungsamt, das Finanzamt sowie die Polizei – erarbeiten kommunale Lösungen, etwa für den Umgang mit besonders vulnerablen Gruppen.

### • Runder Tisch „Prostitution und Menschenhandel“ der Stadt Marburg

Die Marburger Gleichstellungsauftragte koordiniert diesen kommunalen Runden Tisch. Im Mittelpunkt steht dabei die Vernetzung aller Akteure in Stadt und Landkreis: Fachstellen und Behörden sowie die Polizei.

### • Runder Tisch „Prostitution in Mittelhessen“ der Stadt Gießen

Der Runde Tisch des Gießener Büros für Frauen- und Gleichberechtigungsfragen nimmt die Region in den Blick und vernetzt die Institutionen in Marburg, Gießen, Wetzlar, Limburg sowie die Landkreise. Auf diese Weise werden Synergieeffekte und gemeinsame Lernprozesse in Gang gesetzt, die der praktischen Arbeit sehr zugute kommen.

### • Runder Tisch ProstSchG in Offenbach

Der Runde Tisch bringt Akteur\*innen der Stadt und des Landkreises Offenbach zusammen. Hier geht es ganz praktisch darum, die Beteiligten zu vernetzen und damit eine gute Umsetzung des ProstSchG zu befördern.

## → NETZWERKARBEIT GEGEN MENSCHENHANDEL

Daneben sind wir sowohl auf Bundes- als auch auf Landesebene in verschiedenen Gremien zum Thema Menschenhandel vertreten, wie etwa in den Runden Tischen des Landes Hessen oder der Stadt Kassel oder aber dem Bundesweiten Koordinierungskreis gegen Menschenhandel. In diesen Gremien ergeben sich immer wieder Schnittmengen mit dem Arbeitsbereich prekäre Prostitution.

# UNSERE ANGEBOTE FÜR FRAUEN IM SEXGEWERBE

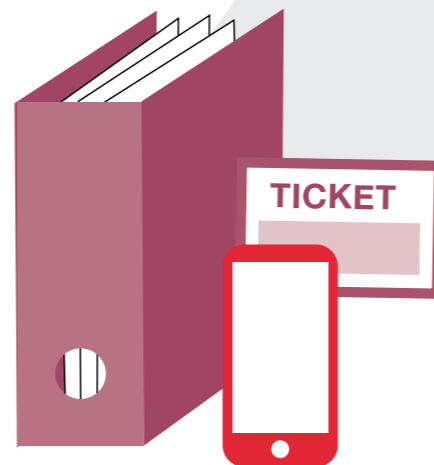
**Selbstbestimmung steht im Mittelpunkt unserer Beratung und weiterer Angebote. Wir orientieren uns an den Bedürfnissen und Ressourcen der Klientinnen und stehen parteilich und wertschätzend an deren Seite. Mit niedrigschwelliger, erstsprachlicher Ansprache und aufsuchenden Angeboten erleichtern wir besonders marginalisierten Gruppen den Zugang zum Hilfesystem. Ziel unserer Arbeit ist nicht nur die Abwendung akuter Notlagen wie etwa bei Gewalt, sondern auch die Ausweitung der individuellen Handlungsspielräume sowie die Unterstützung bei der Entwicklung persönlicher – und gegebenenfalls auch beruflicher – Perspektiven.**

## • Aufsuchende Arbeit

Ob auf dem Straßenstrich, in den Bordellen oder Tageterminwohnungen: Wir suchen die Frauen direkt in ihrem Lebens- und Arbeitsumfeld auf und stellen uns und unsere Unterstützungsangebote vor – niedrigschwellig auf einfachem Deutsch oder der Erstsprache. Frauen, die online Freier akquirieren, erreichen wir über die Portale und per Telefon. Im Erstkontakt werden Vertrauen geschaffen und erste Fragen geklärt. Für weitere Anliegen und Gespräche können die Frauen dann telefonisch oder per Messenger-Dienst Kontakt mit uns aufnehmen.

## • Sozialberatung

Oft beginnt die Beratung mit einem akuten Problem. Wenn eine Klientin sich gut unterstützt fühlt, folgen oft weitere Anliegen. Für einige Klientinnen leisten wir umfassendes Case-Management, das sich auf diverse Lebensbereiche erstreckt: von der Anmeldung über die Krankenversicherung, Leistungsansprüche, über Wohnungssuche, Bußgeldverfahren bis hin zur Schulanmeldung für die Kinder. In Fällen von Gewalt geben wir Hilfestellung und bestärken die Betroffene darin, sich zu wehren. Ziel ist, die Frauen dabei zu unterstützen, ihre Angelegenheiten nach und nach selbstständig zu organisieren. Auch Beziehungsarbeit und psychosoziale Beratung gehören dazu: Wir bieten Raum, um über Sorgen und Wünsche zu sprechen, und helfen, ein (soziales) Netzwerk zu entwickeln, um den Alltag besser zu bewältigen.



## • Alltagspraktische Unterstützung

Wir leisten auch bei vermeintlichen „Kleinigkeiten“ Hilfestellung – zum Beispiel indem wir erklären, wie man sich in der U-Bahn zurechtfindet, wie ein Bankkonto funktioniert, oder indem wir zu Behörden begleiten, bis die Klientin sich zutraut allein zu gehen. Diejenigen, die kaum mal das Bahnhofsviertel verlassen, werden dabei unterstützt, ihren Bewegungsradius zu vergrößern. Wir vermitteln auch die Abläufe bei Behörden und die Strukturen des Schul- und Gesundheitssystems. Dadurch, dass wir ihnen als verbindliche Ansprechpartnerinnen begegnen, beginnen viele Klientinnen, sich auch selbst immer zuverlässiger zu verhalten und ihr Selbstmanagement zu verbessern – ein wichtiger Schritt zu mehr Alltagskompetenz innerhalb wie auch jenseits des Milieus.

## • Informationsberatung

Nach § 7 ProstSchG sind Kommunen verpflichtet, bei der Anmeldung von Prostituierten ein Informations- und Beratungsgespräch durchzuführen. Die Stadt Marburg, die Stadt Gießen und der Landkreis Gießen ziehen uns hier als Fachberatungsstelle hinzu. Damit wird ein erstsprachliches Beratungsgespräch in einem vertrauensvollen Rahmen möglich. Auch individuelle Fragen können geklärt werden. Manchmal ergeben sich aus diesem Termin weitere Beratungsanliegen. Bei sehr jungen Frauen achten wir besonders auf Signale von Abhängigkeit oder Druck und machen nochmal dezidiert auf Hilfeangebote, auch in anderen Regionen, aufmerksam.

## • STI-Sprechstunde in Marburg

Die Frauenklinik in Marburg bietet Sexdienstleisterinnen wöchentlich eine kostenlose frauenärztliche Sprechstunde an. Neben der gynäkologischen Untersuchung und Beratung können Tests auf und Impfungen gegen Hepatitis durchgeführt werden, auf Wunsch wird auch die Pille verschrieben. Wir helfen bei der Terminvereinbarung, sind auf Wunsch bei der Untersuchung dabei und übersetzen wenn nötig. Ergänzend dazu bieten wir vor Ort erstsprachliche Sozialberatung an.

## • Ausstiegsbegleitung

Wir leisten umfangreiche Unterstützung beim Neuanfang, zum Beispiel bei der Beantragung von Sozialleistungen als Übergangsförderung, bei der Wohnungs- und Jobsuche, helfen, einen Integrations- oder Deutschkurs zu finden oder den Familiennachzug zu organisieren. Auch mit psychosozialer Stärkung und Ermutigung stehen wir den Frauen zur Seite. In Marburg setzen wir in Zusammenarbeit mit der Kommune ein Ausstiegsprojekt mit vorübergehender finanzieller Hilfe und Unterbringung um.

## • Info-Plattform PIA

Auf dem Informationsportal ‚PIA – Prostitution, Informationen, Anlaufstellen Hessen‘ werden erste Informationen zu Themen wie Gesundheit, Gewalt, Schwangerschaft, ProstSchG und Ausstieg zur Verfügung gestellt. Außerdem umfasst PIA ein Verzeichnis aller hessischen Beratungsstellen, vor allem für weibliche, aber auch Sexdienstleistende anderer Geschlechtsidentitäten. Die Seite ist in mehreren Sprachen verfügbar und wird von FIM in Kooperation mit dem hessenweiten Streetwork-Netzwerk betreut. [www.pia-hessen.de](http://www.pia-hessen.de)

## • Gruppenangebote

Austausch und Vernetzung unter den Frauen ist im Milieu äußerst wichtig, um untereinander Rückhalt und Unterstützung zu erfahren. Deshalb organisieren wir immer wieder Gelegenheiten zum Austausch, beispielsweise einen niedrigschwelligen Deutschkurs, der neben dem Spracherwerb auch dazu dient, soziale Kontakte zu vermitteln.

## → OPFERSCHUTZ BEI MENSCHENHANDEL

Der Übergang zwischen selbstbestimmter und fremdbestimmter Prostitution ist oft fließend. Betroffene von Zwangsprostitution erhalten von unseren auf sexuelle Ausbeutung und Menschenhandel spezialisierten Mitarbeiterinnen intensive Beratung und Betreuung, bei Bedarf in Kooperation mit der Polizei.

**FIM – FRAUENRECHT IST MENSCHENRECHT e. V.**  
Beratungszentrum  
für Migrantinnen und ihre Familien

Varrentrappstraße 55  
60486 Frankfurt am Main

Tel. +49 (0)69. 87 00 825 – 0  
Fax +49 (0)69. 87 00 825 – 18  
[info@fim-beratungszentrum.de](mailto:info@fim-beratungszentrum.de)  
[www.fim-frauenrechte.de](http://www.fim-frauenrechte.de)

**ÖFFNUNGSZEITEN**

Mo – Do 9:00 – 16:00 Uhr  
Fr 9:00 – 14:00 Uhr  
und nach Vereinbarung